

BILDUNGS- UND TEILHABEPAKET: PARITÄTISCHER WOHLFAHRTSVERBAND UND SOS-KINDERDORF SEHEN DRINGENDEN HANDLUNGSBEDARF - FORDERUNG NACH RECHTSANSPRUCH AUF TEILHABE

21. Juni 2012

„Kinder verdienen mehr“ - gemeinsamer Aufruf im Internet soll bis Herbst breites Bündnis schmieden

Eine radikale Reform der Bildungs- und Teilhabeleistungen für Kinder fordern der Paritätische Wohlfahrtsverband und SOS-Kinderdorf in einem gemeinsamen Aufruf und werben bundesweit um Unterstützung. Mehr als zwei Jahre nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei es der Bundesregierung nicht gelungen, Kinderarmut in Deutschland wirksam zu bekämpfen. Die Unterzeichner appellieren an den Gesetzgeber, von dem bürokratischen Bildungs- und Teilhabepaket Abstand zu nehmen, die Hartz IV-Kinderregelsätze komplett zu reformieren und einen einklagbaren Rechtsanspruch für alle Kinder auf Angebote der Jugendarbeit zu schaffen. Weitere Organisationen wie der Deutsche Kinderschutzbund, die Volkssolidarität und das Deutsche Kinderhilfswerk haben sich dem Aufruf bereits angeschlossen.

„Das Bildungs- und Teilhabepaket der Bundesarbeitsministerin ist gescheitert. Die Leistungen kommen bei den allermeisten Kindern und Jugendlichen nicht an“, kritisiert Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Nur rund ein Fünftel der verfügbaren Gelder sei bislang abgerufen worden. Bürokratische Hürden und fehlende Information hielten viele Familien von der Antragstellung ab. Vielerorts fehle es schlicht an Angeboten. „Das System muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Um Kindern und Jugendlichen echte Teilhabe zu ermöglichen, brauchen wir keine 10-Euro-Gutscheine aus Nürnberg oder Berlin, sondern die Unterstützung intelligenter Angebote der Jugendhilfe und der Schulsozialarbeit vor Ort“, fordert Hesse.

In dem Aufruf „Kinder verdienen mehr“ sprechen sich die Unterzeichner für die Verankerung eines Rechts auf Teilhabe im Kinder- und Jugendhilfegesetz aus. Für Kinder im Hartz IV-Bezug und in

anderen Haushalten mit niedrigen Einkommen sei zudem die Kostenfreiheit der Maßnahmen zu garantieren. „Kinder haben seit Jahren einen einklagbaren Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz, demnächst sogar auf einen Krippenplatz. Jetzt ist die Zeit reif, dass allen Kindern der Zugang zu allen Angeboten der Jugendarbeit, der Bildung, der Jugenderholung und der Beratung garantiert wird. Kein Kind darf zurückgelassen werden“, so Prof. Dr. Johannes MÜNder, Vorstandsvorsitzender des SOS-Kinderdorf e.V. im Rahmen der 2. SOS-Kinder- und Jugendkonferenz, die seit gestern bis einschließlich Freitag in Berlin stattfindet. Das Thema der Konferenz ist „Mein Recht auf Bildung, Schule und Ausbildung“.

Bis November sollen zahlreiche Unterstützer für den Aufruf gefunden werden, um ein breites Bündnis für das Recht jedes Kindes auf Teilhabe zu schmieden. Einzelpersonen und Organisationen können den Aufruf über folgende Internetseite unterstützen: www.kinder-verdienen-mehr.de.

Den Aufruf „Kinder verdienen mehr“ können Sie [hier lesen](#).

Weitere Informationen:

Gwendolyn Stilling
(Pressesprecherin - Der Paritätische Gesamtverband)

Tel.: 030 - 24636 305
E-Mail: pr@paritaet.org